



Spécial

COMMISSION
BRUXELLES

ELECTIONS PARLEMENT EUROPEEN

**Verhalten der Beamten und sonstigen Bediensteten
bei den Wahlen zum Europäischen Parlament
Juni 1989**

**Code of conduct for the European elections campaign
June 1989**

**Comportement des fonctionnaires et autres agents
lors des élections au Parlement européen
Juin 1989**

Verhalten der Beamten und sonstigen Bediensteten bei den Wahlen zum Europäischen Parlament Juni 1989

Einleitung

1. Die Kommission hat generell nichts dagegen einzuwenden, dass die Beamten und Bediensteten, die es wünschen, am Wahlkampf teilnehmen. Es müssen jedoch zwei Voraussetzungen erfüllt sein: Jeder Wahlkampfteilnehmer muss in der Öffentlichkeit deutlich zwischen seiner privaten Eigenschaft als Wahlkampfteilnehmer und seinem Amt bei den Gemeinschaften unterscheiden. Es ist besonders auf die Einhaltung der allgemeinen Regeln zu achten, wonach Beamte oder Bedienstete jederzeit die erforderliche Vorsicht und Diskretion insbesondere in allen Angelegenheiten walten lassen müssen, von denen sie in Ausübung ihres Amtes Kenntnis erhalten haben, und sich jeder Handlung oder öffentlichen Meinungsäußerung zu enthalten haben, die die Unabhängigkeit der Kommission in Frage stellen oder dem Ansehen ihres Amtes abträglich sein könnte. Darüber hinaus muss jeder Beamte oder Bedienstete berücksichtigen, dass in den Mitgliedstaaten unterschiedliche Meinungen über die Teilnahme von Beamten an einem Wahlkampf bestehen.
2. Die in der Anlage beigefügten Bestimmungen des Statuts, auf die sich die Kommission hierbei stützt, behalten natürlich auch in der Zeit vor den Wahlen zum Europäischen Parlament ihre volle Gültigkeit.

Beamte und sonstige Bedienstete, die als Kandidaten am Wahlkampf teilnehmen

a) Urlaub für die Tätigkeit während des Wahlkampfes

3. Die Beteiligung am Wahlkampf *muss* ausserhalb der Dienstzeit stattfinden. Die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die sich als Kandidat haben aufstellen lassen, können zu diesem Zweck für die Zeit vor Beginn des öffentlichen Wahlkampfes entweder einen Urlaub aus persönlichen Gründen *) bis zu einer Dauer von drei Monaten beantragen oder, falls ihre berufliche Tätigkeit es zulässt,

*) Für die Bediensteten auf Zeit gilt Artikel 17 der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten über den unbezahlten Urlaub.

ihren Wahlkampfverpflichtungen am Wochenende nachkommen und hierzu ihren Jahresurlaub in Anspruch nehmen; gegebenenfalls können im Vorgriff auf den Jahresurlaub 1990 bis zu 12 Tagen Urlaub gewährt werden.

4. Für den offiziellen Wahlkampf (2 bis 3 Wochen vor der Wahl in den meisten Mitgliedstaaten) oder für einen Zeitraum von mindestens zwei Wochen vor der Wahl müssen die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die als Kandidaten aufgestellt wurden, einen Urlaub aus persönlichen Gründen beantragen. Die sich aus dem Urlaub aus persönlichen Gründen ergebenden Folgen werden nach der Wahl geregelt.

5. Die betreffenden Beamten und Bediensteten werden gebeten, mit der Abteilung "Verwaltungsrechtliche Ansprüche und Gehälter" (Herrn DISTEXHE, Tel. 52965) Kontakt aufzunehmen, sobald ihre Aufstellung als Kandidat bestätigt worden ist.

b) Veröffentlichungen

6. Die als Kandidaten aufgestellten Beamten oder Bediensteten, die allein oder gemeinsam mit anderen Kandidaten ihrer Liste Texte verschiedener Art zu veröffentlichen haben (Wahlmanifest, Plakate, Presseartikel usw.) werden ermächtigt, diese Texte in eigener Verantwortung zu unterzeichnen oder zu veröffentlichen, sofern dies in ihrer Eigenschaft als Wahlkandidaten und nicht in ihrer Eigenschaft als Beamte geschieht.

Diese Genehmigung gilt nur für den Zeitraum von der Aufstellung als Kandidat bis zum Wahltag.

c) Dienstrechtliche Stellung der gewählten Beamten oder sonstigen Bediensteten

7. Die Beamten werden schon jetzt darauf aufmerksam gemacht, dass sie im Falle der Wahl einen Urlaub aus persönlichen Gründen für die Dauer des Wahlamts nehmen müssen, da letzteres wegen der Verpflichtungen, die es mit sich bringt, mit einem Verbleiben des Beamten im aktiven Dienst unvereinbar ist.

8. Bei der Wahl eines Bediensteten auf Zeit oder einer Hilfskraft muss das Beschäftigungsverhältnis gemäss Artikel 48 und 75 der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten fristlos beendet werden.
9. Der Beamte oder Bedienstete muss die Abteilung "Verwaltungsrechtliche Ansprüche und Gehälter" von der Wahl unverzüglich in Kenntnis setzen. (Herrn DISTEXHE, JECL 02/152, Tel. 52965).

Teilnahme nicht kandidierender Beamter und Bediensteter am politischen Wahlkampf

10. Die nicht kandidierenden Beamten und Bediensteten müssen ihre politische Tätigkeit privat und infolgedessen ausserhalb der Dienstzeit an Wochenenden oder während ihres Jahresurlaubs ausüben. Die vorerwähnten Bestimmungen des Statuts sind genau einzuhalten.

Offizielle Aufgaben im Zusammenhang mit dein Wahlkampf ; Dienstreisen

11. Die Kommission hat ihre Beteiligung an den Massnahmen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit vor der Eröffnung des politischen Wahlkampfes in jedem Mitgliedstaat sorgfältig festgelegt. über die bereits vorgesehenen Aktionen hinaus und unbeschadet ihrer normalen Informationstätigkeit verhält sich die Kommission sehr zurückhaltend, soweit es um die Teilnahme von Beamten und Bediensteten am politischen Wahlkampf in Ausübung ihres Amtes geht. Wenn ein Beamter oder Bediensteter vor der Wahl offiziell an einer Aktion im Zusammenhang mit der Direktwahl teilnehmen möchte, muss er hierzu auf dem üblichen Wege nicht nur die Genehmigung seiner Dienstvorgesetzten, sondern auch des für Personal und Verwaltung zuständigen Kommissionsmitgliedes und des Präsidenten einholen; ein entsprechender Antrag ist an Herrn E. CABRAL DA FONSECA, Kabinettschef von Herrn CARDOSO E CuNHA, BERL. 13/109, Tel. 56646, zu richten.

2. Dienstreisen :

- Dienstreisen zur Teilnahme am Wahlkampf werden nicht genehmigt ;
- Dienstreisen zur Teilnahme an Aktionen, die im Zusammenhang mit dem Wahlkampf stehen, sind, wie vorstehend unter Ziffer 11 beschrieben, genehmigungspflichtig.

ANLAGE

Statut

Artikel 11

"Der Beamte hat sich bei der Ausübung seines Amtes und in seinem Verhalten ausschliesslich von den Interessen der Gemeinschaften Leiten zu lassen; er darf von keiner Regierung, Behörde, Organisation oder Person ausserhalb seines Organs Weisungen anfordern oder entgegennehmen.

Der Beamte darf ohne Zustimmung der Anstellungsbehörde weder von einer Regierung noch von einer anderen Stelle ausserhalb seines Organs Titel, Orden, Ehrenzeichen, Vergünstigungen, Belohnungen und Geschenke oder Vergütungen irgendwelcher Art annehmen, ausser für Dienste vor seiner Ernennung oder für Dienste während eines Sonderurlaubs zur Ableistung des Wehrdienstes oder anderer staatsbürgerlicher Dienste, sofern sie im Zusammenhang mit der Ableistung solcher Dienste gewährt werden,"

Artikel 12

"Der Beamte hat sich jeder Handlung, insbesondere jeder öffentlichen Meinungsäusserung zu enthalten, die dem Ansehen seines Amtes abträglich sein könnte."

Artikel 15

"Ein Beamter, der in Ausübung des passiven Wahlrechts für ein öffentliches Wahlamt kandidieren will, hat einen Urlaub aus persönlichen Gründen zu beantragen; die Dauer dieses Urlaubs darf drei Monate nicht überschreiten.

Die Anstellungsbehörde befindet über das, Dienstverhältnis des Beamten, der in ein solches Amt gewählt worden ist. Sie entscheidet unter Berücksichtigung der Bedeutung dieses Amtes und der seinein Inhaber daraus erwachsenden Pflichten, ob der Beamte im aktiven Dienst verbleiben kann oder einen Urlaub aus persönlichen Gründen zu beantragen hat. Der Urlaub ist in diesem Falle für die Dauer des Wahlamtes zu gewähren."

Artikel, 17

"Der Beamte ist verpflichtet, über alle Tatsachen und Angelegenheiten, von denen er in Ausübung oder anlässlich der Ausübung seines Amtes Kenntnis erhält, strengstes Stillschweigen zu bewahren; es ist ihm untersagt, nicht veröffentlichte Schriftstücke oder Informationen in irgendeiner Form Personen mitzuteilen, die nicht befugt sind, davon Kenntnis zu erhalten. Diese Verpflichtung besteht für den Beamten auch nach seinem Ausscheiden aus dem Dienst.

Der Beamte darf Texte, die sich auf die Tätigkeit der Gemeinschaften beziehen, ohne Zustimmung der Anstellungsbehörde weder allein noch in Zusammenarbeit mit Dritten veröffentlichen oder veröffentlichen lassen. Die Zustimmung darf nur versagt werden, wenn die geplante Veröffentlichung geeignet ist, die Interessen der Gemeinschaften zu beeinträchtigen."

Die Uebersetzungen der übrigen sechs Gemeinschaftssprachen werden später veröffentlicht.

Code of conduct for the European elections campaign June 1989

Introduction

1. The Commission will raise no objection to staff participating in the European election campaign, subject to two conditions. Each official must make a clear, public distinction between his private capacity as a campaigner and his official function. Each official must also take particular care to comply with the general rules which require staff to exercise at all times due prudence and discretion with regard to information coming to their knowledge in the course of their duties and to abstain from any action or public expression of opinion which might call into question the Commission's independence or reflect on its position. Staff must also bear in mind that the Member States have very different attitudes towards the participation of public servants in election campaigns.

2. An extract from the Staff Regulations, which will remain applicable in every respect throughout the pre-election period, and on which the above policy is based, is annexed to this note.

Officials and other staff standing as candidates

a) Leave for campaign activities

3. Activities connected with the election campaign must be pursued outside working hours. Consequently, during the period preceding the official election campaign, officials and members of temporary staff who are candidates will be allowed to meet their electoral commitments either by applying for leave on personal grounds (*) for a period not exceeding three months, or, if their duties so permit, by using weekends and annual leave, if necessary anticipating up to 12 days of their 1990 leave.

4. During the official election campaign (the two or three weeks before polling day in most Member States) or (where no official period is laid down) during at least the two weeks prior to polling day, candidates must apply for leave on personal grounds. The administrative consequences of this leave will be settled after the elections.

(*) Article 17 of the Conditions of Employment of Other Servants (unpaid leave) will apply in the case of temporary staff.

5. Staff stand-ing as candidates are asked to contact the "Administrative Rights and Salaries" division as soon as their selection is confirmed. (Mr DISTEXHE, JECL 02/152, phone 52965).

b) Publication

6. Candidates who wish to publish campaign material (election manifestos, posters, newspaper articles, etc.) either individually or in conjunction with fellow-candidates, are authorized to sign or publish such material on their own responsibility, on condition that they do so as candidates rather than officials.

This authorization applies only during the period between selection as a candidate and the date of the election.

c) Staff who are elected

7. Officials are reminded that if elected they will be required to take leave on personal grounds for the term of their elected office, the demands of which are incompatible with their continuing in active employment.

8. The employment of successful candidates who are members of the temporary or auxiliary staff will be terminated without notice as provided for in Articles 48 and 75 of the Conditions of Employment of Other Servants.

9. , Staff who are elected must inform the "Administrative Rights and Salaries" division without delay. (Mr DISTEXHE, JECL 02/152, phone 52965).

Participation in the political campaign of staff who are not candidates

10. Political activities of staff who are not actually standing as candidates must be pursued in a strictly private capacity, which means after working hours, at weekends, or during annual leave. The provisions of the Staff Regulations referred to above must be complied to the latter.

Official activities in connection with the campaign :
missions

11. The Commission has already taken great care in determining the extent of its participation in the information campaign preceding the political campaigns in each Member State. It will be extremely reluctant to allow its staff to take part in party political campaigns in their official capacity, except where they are involved in the activities it has already planned or in the Commission's normal information activities. Any member of staff who wishes' to take part in any campaign activity in his official capacity between now and polling day must not only apply for authorization from his superiors in the usual way but also apply for authorization both from the President and from the Member of the Commission responsible for personnel and administration; applications should be sent to Mr E. CABRAL DA FONSECA, Chef de Cabinet of Mr CARDOSO E CUNHA, BERL. 13/109, phone 56646), who will handle the necessary formalities.

12. Missions

- authorization will not be granted for official missions involving direct participation in the campaign.
- Authorization for official missions involving activities connected with the campaign will be subject to approval as described at paragraph 11 above.

ANNEX

Staff Regulations

Article 11

An official shall carry out his duties and conduct himself solely with the interests of the Communities in mind; he shall neither seek nor take instructions from any government, authority, organization or person outside his institution.

An official shall not without the permission of the appointing authority accept from any government or from any other source outside the institution to which he belongs any honour, decoration, favour gift or payment of any kind whatever, except for services rendered either before his appointment or during special leave for military or other national service and in respect of such service.

Article 12

An official shall abstain from any action and, in particular, any public expression of opinion which may reflect on his position ...

Article 15

An official who is a candidate for elective public office shall apply for leave on personal grounds for a period not exceeding three months.

The appointing authority shall consider the case of any official elected to such office. The appointing authority shall, having regard to the importance of the office and the duties it entails for the holder, decide whether the official should continue in active employment or should apply for leave on personal grounds. In the latter case, the duration of the leave shall be equal to the term for which the official has been elected.

Article 17

An official shall exercise the greatest discretion with regard to all facts and information coming to his knowledge in the course of or in connection with the performance of his duties; he shall not in any manner whatsoever disclose to any unauthorized person any document or information not already made public. He shall continue to be bound by this obligation after leaving the service.

An official shall not, whether alone or together with others, publish or cause to be published without the permission of the appointing authority, any matter dealing the work of the Communities. Remission shall be refused only where the proposed publication is liable to prejudice the interests of the Communities.

The translations of the other Community languages will be published later.

Comportement des fonctionnaires et autres agents lors des élections au Parlement européen Juin 1989

Introduction

1. L'approche générale de la Commission est de ne voir aucun obstacle à rencontre de la participation à la campagne électorale par les fonctionnaires et autres agents qui le désirent. Mais cette approche est subordonnée à la nécessité d'observer deux conditions. Chacun doit clairement et publiquement maintenir la distinction entre sa qualité privée de participant à la campagne et ses fonctions officielles. Il y a également lieu de porter une attention particulière au respect des règles générales qui exigent qu'à tout moment chaque fonctionnaire ou agent observe la prudence et la discrétion qui s'imposent, notamment en ce qui concerne les informations qui sont venues à sa connaissance de par son activité professionnelle, et qu'il s'abstienne de tout acte ou toute expression publique d'opinion qui puisse mettre en question l'indépendance de la Commission ou porter atteinte à la dignité de ses fonctions. En plus, il est nécessaire que chaque fonctionnaire ou agent tienne compte du fait que les attitudes dans les Etats membres concernant la participation de fonctionnaires à une campagne électorale sont différentes.

2. Les dispositions statutaires sur lesquelles cette approche repose, et qui restent entièrement valables pendant la période qui précède les élections au Parlement européen, sont annexées.

Fonctionnaires et autres agents qui participent comme candidats

a) Congé pour activités dans la campagne électorale

3. Les activités dans le cadre de la campagne électorale doivent être exercées hors des heures de service.

A cette fin, pour la période précédant la campagne électorale officielle, les fonctionnaires et agents temporaires candidats peuvent, soit demander un congé de convenance personnelle *) allant jusqu'à trois mois, si leurs fonctions le permettent, faire face à leurs obligations électorales le week-end et en utilisant leur congé annuel qui, le cas échéant, peut être anticipé jusqu'à 12 jours sur les droits à congé pour 1990.

*) Pour les agents temporaires c'est l'article 17 du RAA relatif au congé sans rémunération qui est applicable.

4. En tout état de cause, pour la période de la campagne électorale officielle (deux ou trois semaines précédant le scrutin dans la plupart des Etats membres), ou pour une période d'au moins deux semaines avant le scrutin, les fonctionnaires et agents temporaires candidats doivent demander un congé de convenance personnelle. Les conséquences découlant du congé de convenance personnelle seront régularisées après les élections.

5. Les fonctionnaires et agents concernés sont priés de prendre contact, sans délai, avec la division "Droits administratifs et rémunérations" dès que leur sélection comme candidat sera confirmée. (H. DISTEXHE, JECL 02/152, tél. 52965).

b) Publications

6. Les fonctionnaires ou agents candidats qui seraient appelés à publier, seuls ou avec des co-listiers, des textes divers (manifeste électoral, affiches, articles de presse, etc.) sont autorisés à signer ou publier ces textes sous leur responsabilité, à condition que ceci soit en leur qualité de candidat et non en leur qualité de fonctionnaire.

Cette autorisation est limitée à la période comprise entre la désignation comme candidat et la date des élections.

c) Situation des fonctionnaires ou autres agents élus

7. L'attention des fonctionnaires est d'ores et déjà attirée sur le fait qu'en cas d'élection il leur sera obligatoire de prendre un congé de convenance personnelle pour la durée du mandat qui, en raison des contraintes qu'il implique, est incompatible avec le maintien en activité.

8. Au cas où un agent temporaire ou agent auxiliaire est élu, il y aura lieu de mettre fin à son engagement, sans préavis, conformément aux articles 48 et 75 du Régime Applicable aux Autres Agents.

9. Au cas où un fonctionnaire ou agent est élu, il est tenu d'en informer la division "Droits administratifs et rémunérations" sans retard. (M. DISTEXHE, JECL 02/152, tél. 52965).

Participation à la campagne politique des fonctionnaires et agents non-candidats

10. Les activités politiques personnelles des fonctionnaires ou agents non-candidats doivent être clairement exercées à titre privé et par conséquent en dehors des heures de service, les week-ends, ou être couvertes par le congé annuel. Le respect des règles du Statut citées ci-dessus doit être strictement observé.

Activités officielles en rapport avec la campagne :
missions

11. La Commission a défini soigneusement sa participation aux campagnes de sensibilisation qui précèdent l'ouverture de la campagne politique dans chaque pays membre. Au-delà des activités déjà prévues, et sans préjudice des activités d'information normales de la Commission, cette dernière a une attitude extrêmement réservée à l'égard de la participation à la campagne politique des fonctionnaires et agents dans leur capacité officielle. Si un fonctionnaire ou autre agent souhaite participer en sa qualité officielle à une action qui est en rapport avec les élections directes d'ici le scrutin, il doit solliciter l'autorisation non seulement de ses supérieurs hiérarchiques selon la procédure habituelle, mais également celle du Commissaire responsable pour les questions du personnel et de l'administration et du Président; à cette fin il doit adresser une demande à l'attention de M. E. CABRAL DA FONSECA, Chef de Cabinet de M. CARDOSO E CUNHA, BERL. 13/109, tél. 56646 qui entamera l'action nécessaire.

12. En ce qui concerne les missions :

- les missions officielles pour participer à la campagne ne sont pas autorisées ;
- l'autorisation des missions officielles pour participer à des actions en rapport avec la campagne est subordonnée à l'approbation nécessaire indiquée au paragraphe 11.

ANNEXE

Statut

Article 11

"Le -fonctionnaire doit s'acquitter de ses fonctions et régler sa conduite en ayant uniquement en vue les intérêts des Communautés, sans solliciter ni accepter d'instructions d'aucun gouvernement, autorité, organisation ou personne extérieure à son institution.

Le fonctionnaire ne peut accepter d'un gouvernement ni d'aucune source extérieure à l'institution à laquelle il appartient, sans autorisation de l'autorité investie du pouvoir de nomination, une distinction honorifique, une décoration, une faveur, un don, une rémunération, de quelque nature qu'ils soient, sauf pour services rendus soit avant sa nomination, soit au cours d'un congé spécial pour service militaire ou national, et au titre de tels services."

Article 12

"Le fonctionnaire doit s'abstenir de tout acte et, en particulier, de toute expression publique d'opinions qui puisse porter atteinte à la dignité de sa fonction."

Article 15

"Le fonctionnaire qui est candidat à des fonctions publiques électorales doit solliciter un congé de convenance personnelle pour une période ne pouvant excéder trois mois.

L'autorité investie du pouvoir de nomination apprécie la situation du fonctionnaire qui a été élu à ces fonctions. Suivant l'importance desdites fonctions et les obligations qu'elles imposent à leur titulaire, l'autorité investie du pouvoir de nomination décide si le fonctionnaire est maintenu en position d'activité ou s'il doit demander un congé de convenance personnelle. Dans ce cas, ce congé est d'une durée égale à celle du mandat du fonctionnaire."

Article 17

"Le fonctionnaire est tenu d'observer la plus grande discrétion

sur tout ce qui concerne les faits et informations qui viendraient à sa connaissance dans l'exercice ou à l'occasion de l'exercice de ses fonctions ; ■■ ne doit communiquer, sous quelque forme que ce soit, à une personne non qualifiée pour en avoir connaissance, aucun document ni aucune information qui n'auraient pas été rendus publics. ■■ reste soumis à cette obligation après la cessation de ses fonctions.

Le fonctionnaire ne doit ni publier, ni faire publier, seul ou en collaboration, un texte quelconque dont l'objet se rattache à l'activité des Communautés, sans l'autorisation de l'autorité investie du pouvoir de nomination. Cette autorisation ne peut être refusée que si la publication envisagée est de nature à mettre en jeu les intérêts des Communautés."

Les traductions dans les six autres langues seront publiées ultérieurement.